

# Die Vorsitzende des Ausschusses für Jugend, Soziales und Integration



HOCHTAUNUSKREIS

## BESCHLUSSPROTOKOLL

der 14. Sitzung des Ausschusses für Jugend, Soziales und Integration  
des Hochtaunuskreises in der XI. Wahlzeit  
am Mittwoch, den 29.08.2018, im Landratsamt Bad Homburg v. d. Höhe.  
Sitzungsdauer 18:04 Uhr bis 19:28 Uhr

### **A. Anwesend**

#### Vorsitzende

Kerstin Giger

#### CDU

Agnes Gerecht  
Alexander Jackson  
Markus Koob  
Claudia Kott  
Sebastian Sommer

ab 18:50 Uhr  
bis 18:50 Uhr

#### SPD

Rosi Gottschalk  
Astrid Schatta  
Dr. Nico Sturm

#### GRÜNE

Christina Herr  
Inge-Lore Kausen

#### FDP

Katja Adler  
Ulrike Schmidt-Fleischer

#### AfD

Michael Beyerbach  
Michael Dill

#### FWG

Karin Birk-Lemper

**parteilos**

Andreas Moses  
Kim-Philipp Nowak

**Kreisausschuss**

Uwe Kraft  
Katrin Hechler  
Andrea Pfäfflin

**Schriftführer**

Nina Huwig

**Kreistagsvorsitzender und Stellvertreter/innen**

Jürgen Banzer  
Lars Keitel  
Thomas Papadopoulos

**Verwaltung**

Ulrich Bormann  
Simone Denfeld  
Reinhard Hentzel-Wagner  
Ludwig Maiworm  
Walter Miot  
Andrea Nagell  
Hilke Rump

## B. Eröffnung

Die Ausschussvorsitzende Frau Kerstin Giger eröffnet die 14. Sitzung des Ausschusses für Jugend, Soziales und Integration des Hochtaunuskreises in der XI. Wahlzeit. Sie begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass ordnungsgemäß und fristgerecht eingeladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

## C. Abwicklung der Tagesordnung

TOP	Bezeichnung/Beschlusstext	Vorlagen-Nr.
1.	<b>Mitteilungen</b>	

Frau Kreisbeigeordnete Katrin Hechler berichtet, dass ein negativer Bericht über das Kommunale Jobcenter des Hochtaunuskreises in der HR-Sendung „defacto“ von dem Fachbereich Revision des Hochtaunuskreises geprüft wurde. Herr Maiworm, Leiter des Fachbereichs Revision, bestätigt, dass die Innenrevision die Akten der beiden betroffenen Fälle intensiv geprüft, chronologisch aufgearbeitet und mit den Daten aus dem TV-Bericht verglichen hat. Es hat sich gezeigt, dass der TV-Bericht, bezogen auf die Arbeit des Kommunalen Jobcenters, nicht der Realität entspricht und das Kommunale Jobcenter einwandfrei gearbeitet hat.

Frau Kreisbeigeordnete Katrin Hechler weist ergänzend darauf hin, dass diese Fälle, die in der Sendung „defacto“ thematisiert wurden, nicht über das Kundenreaktionsmanagement des Kommunalen Jobcenters gelaufen sind. Weiterhin wurde die Belegung des Kundentelefon verstärkt, so dass eine Terminvergabe erleichtert wird.

Sie teilt dem Ausschuss weiterhin mit, dass es am Montag, den 27.08.2018 im Fachbereich Soziale Dienste zu einem Vorfall, wahrscheinlich mit Pfefferspray, gekommen ist, von dem 13 Kolleginnen und Kollegen des Fachbereichs betroffen waren. Alle Kolleginnen und Kollegen konnten am gleichen Tag ihre Arbeit wieder aufnehmen.

Frau Kreisbeigeordnete Katrin Hechler berichtet, dass die Gemeinschaftsunterkunft in Usingen schließen muss und bereits einige Bewohner neuen Wohnraum gefunden haben. Derzeit wohnen noch 60 Flüchtlinge in der Gemeinschaftsunterkunft. Es wird nun das bewährte System angewendet, dass die Stadtverwaltung direkt Wohnungen anmietet. Dies, so stellt Frau Kreisbeigeordnete Katrin Hechler klar, ist keine Bevorzugung von Flüchtlingen, sondern bewährte Praxis, die bei allen Personen, die obdachlos werden, angewandt wird.

## 2. Bericht zur Kindertagespflege im Hochtaunuskreis

**2018/0590/KA**

Nach einleitenden Worten der Kreisbeigeordneten Katrin Hechler zum Bericht zur Kindertagespflege im Hochtaunuskreis und dem Hinweis, dass ein Termin für den weiteren Dialog mit der Interessensgemeinschaft Kindertagespflege im Hochtaunuskreis (IGK Hochtaunuskreis) im Oktober geplant ist, folgt eine rege Diskussion, in deren Verlauf Frau Kreisbeigeordnete Katrin Hechler, Herr Miot und Herr Hentzel-Wagner die zahlreichen Fragen beantworten.

Insbesondere die Fragen der Notwendigkeit und der Höhe eines privaten Zuzahlungsbetrages durch die Eltern, werden kontrovers diskutiert.

Herr Miot, Leiter der Leitstelle Kinder, Jugendarbeit, Betreuungsbehörde und sozialpsychiatrischer Dienst, betont, dass in der Vergütung ein Unterschied zwischen einer Tagespflegeperson und einer/eines ausgebildeten Erzieherin/Erziehers erkennbar bleiben muss.

Konsens besteht über die Neuerung der pauschalierten Abrechnung, die Bestandteil des Satzungsentwurfs der Verwaltung sein soll.

Der Ausschuss für Jugend, Soziales und Integration nimmt den Bericht zur Kindertagespflege im Hochtaunuskreis zur Kenntnis.

3. **Antrag der Kreistagsfraktion GRÜNE** **2018/0540/KT**  
**Vereinfachung der Verfahren im Bereich der Kindertagespflege**  
**Änderungsantrag der CDU/SPD-Kreistagsfraktionen** **2018/0540/KT/1**

Frau Herr begründet den Antrag der Kreistagsfraktion GRÜNE.

Herr Sommer teilt mit, dass mit dem vorgelegten Bericht zur Kindertagespflege im Hochtaunuskreis folgender Änderungsantrag der CDU/SPD-Kreistagsfraktionen zurückgezogen wird:

**2018/0540/KT/1**

„Der Kreisausschuss wird gebeten, einen Bericht zum Thema Kindertagespflege in diesem Jahr im Ausschuss für Soziales vorzulegen. Der Bericht soll folgende Punkte berücksichtigen:

- Bericht über die Gesprächsinhalte mit der Interessengemeinschaft Kindertagespflege
- Möglichkeiten und finanzielle Auswirkungen der pauschalisierten Geldleistung für die Tagespflegepersonen und bei pauschalisierten Elternbeiträgen für die Eltern
- Ausschluss der privaten Zuzahlung durch die Eltern
- Mögliche Berücksichtigung der Befreiung von Betreuungsgebühren für Kinder von 3-6 Jahren analog der Kostenbefreiung in den Kindertagesstätten
- Aufnahme der BEP-Förderung (Bildungs- und Erziehungsplan) für Tagespflegepersonen in der Satzung der Kindertagespflege
- Finanzielle Auswirkungen auf den Kreishaushalt
- Verteilung der Tagespflegepersonen auf die Städte und Gemeinden im Kreis
- Finanzielle Unterstützungen der einzelnen Städte und Gemeinden für die Tagespflege“

Er begründet daraufhin den neu eingebrachten Änderungsantrag 2018/0540/KT/2

Im Laufe der Diskussion über die formale Behandlung der Anträge einigt sich der Ausschuss für Jugend, Soziales und Integration einvernehmlich darauf, die Abstimmung folgender Anträge zu vertagen:

**2018/0540/KT**

„Der Kreisausschuss wird gebeten, eine Satzungsänderung für den Bereich der Kindertagespflege vorzulegen, die folgende Änderungen vorsieht:

1. Pauschalierung der Abrechnung anhand des Betreuungsvertrages
2. Vereinfachung des Verwaltungsaufwandes für die Verwaltung des Hochtaunuskreises, für die Tagesmütter und Tagesväter, sowie für die Eltern.

Die Satzungsänderung soll mit den beteiligten Tagespflegepersonen abgestimmt werden, deren Erfahrungen und Vorschläge sollen in einem Anhörungsverfahren diskutiert und gegebenenfalls berücksichtigt werden.

Die Satzungsänderung sowie mögliche haushaltsrechtliche Auswirkungen sollen rechtzeitig den zuständigen Gremien zur Beschlussfassung spätestens vor den Haushaltsberatungen vorgelegt werden.“

**2018/0540/KT/2**

„Der Kreisausschuss wird gebeten, eine Satzungsänderung für den Bereich der Kindertagespflege auf Grundlage des Berichtes vorzulegen. Die Satzungsänderung sowie mögliche haushaltsrechtliche Auswirkungen sollen den zuständigen Gremien in der nächsten Sitzungsrunde und damit vor den Haushaltsberatungen zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Darüber hinaus wird der Kreisausschuss gebeten, zum Sommer 2019 einen ersten Bericht über die Auswirkungen und Auslastungen der Tagespflegepersonen vorzulegen.“

**4. Verschiedenes****Verwendung von Fraktionsmitteln**

Frau Herr bittet um Klärung, welche Art von Beratung aus den Fraktionsmitteln bezahlt werden dürfen, da die juristische Beratung an sich von der Finanzierung aus Fraktionsmitteln ausgeschlossen ist.

Die Ausschussvorsitzende Frau Kerstin Giger bezweifelt, dass der Ausschuss der richtige Adressat dieser Bitte um Klärung ist und schlägt vor, die Thematik im Ältestenrat zu besprechen.

**Interkulturelle Woche**

Frau Kreisbeigeordnete Katrin Hechler teilt mit, dass die Interkulturelle Woche des Hochtaunuskreises in diesem Jahr vom 14.09. bis 28.09.2018 stattfinden wird.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen teilt die Vorsitzende Frau Kerstin Giger mit, dass die nächste Sitzung des Ausschusses für Jugend, Soziales und Integration am 07.11.2018 stattfindet. Sie dankt allen Anwesenden für die Mitarbeit und schließt die Sitzung.

gez. Kerstin Giger  
Vorsitzende

gez. Nina Huwig  
Schriftführerin